

Es geht nicht ums Regulieren

Im Gespräch mit Johannes Remmel



NRW-Umweltminister Remmel vor einem Streifen Natur im Landtag

Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen), Jahrgang 1962, ist seit 2010 Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Seinem Interesse, mit ihm über Selbstversorgung zu reden, sind wir gerne nachgekommen und haben ihn im Landtag in Düsseldorf besucht.

Johannes Remmel: Mich würde erst einmal interessieren, wie Sie dazu gekommen sind, eine solche Zeitung zu machen. Ein bisschen habe ich das Gefühl gehabt, da taucht etwas auf, was es vor 30

Jahren schon einmal gab und was mich damals schon sehr berührt hat.

QUICUMQUE: Wir sind beide (die Herausgeber des Magazins) in der Landwirtschaft groß geworden und die Freude am Wissen rund um Selbstversorgung, die auf einem Hof stattfindet, hat uns immer begleitet. In den letzten Jahren ist das Thema „Autarkie“ wieder stärker in den Fokus gerückt. Vor allem die Abhängigkeit in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung wird viel diskutiert oder dass alte Handwerke verloren gehen und mit ihnen jahrhundertealte Kenntnisse und traditionelle Fertigkeiten. Selbstversorger können die-

sen Problemen im kleinen Maßstab entgegentreten. Es gibt unserem Empfinden nach auch eine Sehnsucht nach Entschleunigung und nach einer anderen Lebensmittelproduktion.

QCQ: Was bewegt Sie, Herr Minister? Haben Sie eigene Erfahrungen als Selbstversorger gemacht?

JR: Zunächst einmal in meiner Kindheit und Jugend, die sehr von Selbstversorgung geprägt war. Meine Mutter kommt von einem Bauernhof, und wir hatten immer einen großen Garten, aus dem wir uns weitgehend selbst versorgt haben. Ich war immer irgendwie eingebunden, habe im Gemüsegarten geholfen und so auch sehr viel gelernt. Als Student bewirtschaftete ich dann selbst drei bis vier Jahre Garten- und Streuobstwiesen. Höhepunkt war 1986 mit selbstgepressten und konservierten fast eintausend Litern Apfelsaft. Eine riesige Anstrengung, die mich aber sehr gefesselt hat.

QCQ: Sehen Sie einen Unterschied zwischen den alten und den neuen Selbstversorgern?

JR: Ich glaube, es gibt aktuell eine ganz anders motivierte, aber trotzdem am selben Punkt anlandende Selbstversorgerbewegung wie vor 30 Jahren, also ungefähr zu dem Zeitpunkt, an dem ich selbst anfang mich aktiv bei den Grünen zu engagieren. Die Selbstversorger heute haben sich aber noch nicht als homogene Bewegung gefunden und lassen sich meiner Einschätzung nach auch nicht politisch einordnen. Die Frage des gemeinschaftlichen Tuns in Form von Gruppenorganisation ist heute eine andere als früher. Vor allem das Medium „Internet“ und die digitale Form von Gruppenbewegungen spielen hier eine große Rolle.

QCQ: Was könnten die Motive der heutigen Selbstversorger sein?

JR: Ich glaube, dass es unterschwellig die Frage eines kritischen Konsums gibt: Wie können alternative Produkte mit einer alternativen Wirtschaftsform verbunden werden? Damit wird auch der nächste Schritt beschrieben: Eine Wirtschaft, die resilienter ist, die eher auf regionale Kreisläufe setzt und damit einen Gegenpol zum Trend

des „immer globaler werden müssen“ bildet. Es ist eine Rückbesinnung auf das, was wir vor Ort haben. Ich merke, dass sich da gerade eine Diskussion entwickelt über die Chancen, die eine Rückbesinnung auf die Wertschöpfung vor Ort bietet. Als Minister frage ich

mich natürlich, wie wir nachhaltiges Wirtschaften in regionalen Kreisläufen unterstützen können. Die Herausforderung besteht darin, die Personen in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement so zu qualifizieren, dass die Ideen und Projekte auch ökonomisch erfolgreich werden.

QCQ: Ein stabilisierender Faktor könnte Vielfalt sein. Sie ist zum Beispiel eine Grundlage dafür, dass wir keine alten Sorten und keine Genpools verlieren. Wenn wir die öffentliche Diskussion um Saatgutpatente und -monopole durch einige wenige große Konzerne und die Folgen betrachten, insbesondere für die kleinen Bauern und Selbstversorger, was kommt da auf uns zu? Kann man den „Kleinen“ Rechtssicherheit garantieren?

JR: Das ist eine Problemlage, die habe ich während meiner Arbeit als Minister als Schlüssel der auch weltweiten Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft erfahren. Beim Einsatz von Gentechnik geht es nicht nur um die Frage, ob gentechnisch veränderte

Die Frage des gemeinschaftlichen Tuns in Form von Gruppenorganisation ist heute eine andere als früher.

Pflanzen und Organismen sich auskreuzen können mit all den möglichen Gefahren, die damit verbunden sind. Es geht hier vor allem um die Frage, ob ein Landwirt noch selbst über die Reproduktion seiner Pflanzen und Tiere bestimmen darf. Durch die zum Teil monopolartige Herrschaft einiger globaler Unternehmen über die Züchtungen von Saatgut oder Tieren geht ein riesiger Pool an züchterischen Möglichkeiten verloren. Dabei liegt das Problem nicht im vorhandenen Genmaterial. Das Problem liegt in der Kommerzialisierung der eigentlichen Zuchtarbeit. Das führt dazu, dass einzelne Zuchtergebnisse plötzlich mit Patenten belegt werden und den freischaffenden Landwirt damit entmündigen.

Wenn jeder Einzelne sein eigenes Handeln und die Folgen hinterfragt – das können ganz kleine Dinge sein – kann daraus schon etwas Großes entstehen und es kann eine große Wirkung entfalten.

QCQ: Können Sie da Beispiele nennen?

JR: Ein Beispiel ist die Züchtung von Nutztieren auf immer mehr Leistung. Viele, vor allem konventionell arbeitende Landwirte, sind wegen des globalen Preisdrucks dazu gezwungen, Nutztiere zu halten, auf denen Patente liegen und die ohne Medikamente kaum bis zum Schlachtgewicht gemästet werden können. Dies gilt unseren Erkenntnissen nach vor allem für Mastschweine, Mastputen und Masthühner. Diese Tiere können auch nicht ohne spezielle Ausbildung gehalten werden, da jeder kleine Fehler zu einer großen Katastrophe in der agrarindustriellen Haltung werden kann.

QCQ: Was wäre die Alternative?

JR: Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, die Tiere zu nutzen und die Pflanzen anzubauen, die sie zum Beispiel selbst gezüchtet haben. Damit dies funktioniert, bräuchten wir aber auch die entsprechenden Märkte und einen aufgeklärten Ver-

braucher, der diese alternativen Produkte zu schätzen weiß.

Haben Sie einmal das Arboretum in Bielefeld besucht? Traumhaft! Das ist eine Privatinitiative von Hans-Joachim Bannier. Er hat mittlerweile mehr als 800 Apfelsorten aus ganz Deutschland zusammenge-

tragen. Apfelsorten, die auch in circa 500 bis 600 Meter Höhe noch gut gedeihen. Einige dieser Sorten haben etwas weniger Süße, sind dafür aber sehr resistent gegen Schädlinge. Sie brauchen also keine Pflanzenschutzmittel, um einen gesunden Apfel zu produzieren. Was in Bielefeld an Genpool rumsteht, ist

schon großartig. In den aktuellen Märkten haben sie mit dieser Vielfalt aber keine Chance.

QCQ: Wäre nicht gerade das Selbstversorgertum eine Möglichkeit, Vielfalt zu bewahren, ohne sie bundespolitisch oder gar weltpolitisch regeln zu müssen?

JR: Durchaus, diesen Ansatz verfolgen wir in vielen Bereichen, zum Beispiel mit dem Schutz von alten Streuobstwiesen. Sich selbst mit Tomaten oder Erdbeeren zu versorgen, ist aber nicht für jeden machbar. Es versteckt sich aber ein Ansatz dahinter, den wir auch in anderen Bereichen unserer Politik nutzen. Beim Klimaschutz zum Beispiel ist unser Credo „Klimaschutz wächst von unten“. Wenn jeder Einzelne sein eigenes Handeln und die Folgen hinterfragt – das können ganz kleine Dinge sein – kann daraus schon etwas Großes entstehen und es kann eine große Wirkung entfalten.

QCQ: Kann Selbstversorgung nicht auch ein wichtiger Teil der von Ihnen gewünschten Energiewende sein?

JR: Die Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien könnte, wenn sie nicht geregelt wird, bedeuten, dass sich jeder eine Batterie in die Garage stellt und eine Solaranlage auf dem Dach installiert. Unter dem Aspekt der Selbstversorgung und Autarkie eine interessante Idee. Am Ende ist das eventuell sogar ein richtiger und wichtiger Ansatz, vorausgesetzt es geschieht in der richtigen Geschwindigkeit. Es wird sogar irgendwann auch für jeden erschwinglich sein, derzeit aber wäre es volkswirtschaftlicher Unsinn. Volkswirtschaftlich wäre es viel günstiger, große Speicher aufzubauen und damit die Kosten auf die Allgemeinheit aufzuteilen. Zwischen einer gewissen Solidarität, einem volkswirtschaftlichen Nutzen und dem Aspekt der Autarkie und Selbstversorgung bestehen also durchaus Widersprüche.

QCQ: Wo ließe sich so ein großer Speicher aufbauen? Auf kommunaler Ebene?

JR: Auf Verteilnetzebene. Ein Pumpspeicherwerk, ein größerer Batteriespeicher für ein Quartier oder denkbar sind hier in NRW auch Salzkavernen. Gemeinschaftlich getragene Lösungen, die über den eigenen autarken Horizont hinausgehen, sind eben volkswirtschaftlich günstiger. Aber sie sind nur zu erreichen, wenn wir das mit einer Verordnung, mit einem Gesetz auch so vorgeben. Es ist gut, wenn die Wende von unten wächst. Trotzdem braucht es aus meiner Sicht ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten für diese vielen kleinen Pflanzen. Und dafür braucht es ein politisches Konzept, das berät und fördert. Es gibt in Deutschland noch reichlich Nachholbedarf, das derzeitige deutsche System der Energieversorgung zu entflechten und weiter zu regionalisieren, am besten mit Hilfe der Kommunen und deren Stadtwerken.

QCQ: Was wäre die Sorge, wenn man das dem Einzelnen selbst überlässt, anstatt es politisch zu regulieren?

JR: Es geht bei der Energiewende nicht in erster Linie ums Regulieren, es geht darum, die richtigen und wichtigen Entwicklungen zu befördern. Ähnlich ist es auch in der Landwirtschaft. Jeder Landwirt und jede Landwirtin muss ja unternehmerisch denken. Das erzeugte Produkt muss professionell und marktgerecht

erzeugt werden und dazu benötigen die Landwirtinnen und Landwirte auch das nötige Wissen. Dieses Wissen fördern wir durch Qualifikation und Beratung. Wir schulen zum Beispiel Junglandwirte, bieten qualitative Beratung im Bereich der Direktvermarktung und bei der Umstellung auf Ökolandwirtschaft an.

Ähnliches versuchen wir auch beim Lebensmittelhandwerk. Es ist mir ein persönliches Anliegen, Bäckereien und Fleischereien, aber auch Brauereien oder Käsereien flächendeckend zu erhalten. Die handwerkliche Kunst dahinter gilt es zu bewahren, zu fördern und weiterzuentwickeln. Genau das ist das Ziel unseres Wettbewerbs „Meister.Werk.NRW“. Damit zeichnen wir Handwerksbetriebe aus, die auf Regionalität setzen, die regionale Produkte verwenden und die auf traditionelles Handwerk setzen.

QCQ: Wir haben natürlich weiter erzählt, dass Sie uns eingeladen haben, und dann wurde uns die Frage mit auf den Weg gegeben, warum nicht mehr der bürgerlichen Verantwortung überlassen wird.

JR: Mich hat eine Bäckerin angeschrieben, warum Vereine an Sonntagen oder auf sozialen Festen Kuchen verkaufen dürfen. Die würden ja nicht der Lebensmittelkontrolle unterzogen, und ich solle doch bitte dafür sorgen, dass diese Eigenproduktion, diese Selbstorganisation unterbunden wird. Wie gehe ich mit diesem Dilemma um? Dahinter verbergen sich ja nicht die großen Backwarenkonzerne, sondern es sind die Bäcker vor Ort, die davon leben, dass sie ihre handwerklich gefertigten Kuchen oder ihr handwerklich gefertigtes Brot verkaufen.

Der „Tod“ des Metzgers und des Bäckers um die Ecke sind nicht die Verordnungen, sondern der zwölfte und dreizehnte Discounter, der auf der grünen Wiese vor den Toren der Stadt gebaut wird. In Frankreich zum Beispiel gibt es eine nach wie vor bestehende Regelung, dass Brot nur dort gebacken werden darf, wo auch der Teig hergestellt wird. Deswegen finden Sie in fast jedem französischen Dorf einen Boulanger.

QCQ: Trotzdem klagen die vielen kleinen Bäcker und Fleischer vor Ort über zu viel Bürokratie und

zu wenig Selbstbestimmung. Jede neue Regulierung ist in der Regel auch mit zusätzlichen Kosten verbunden; das widerspricht doch Ihrem Wunsch, das Lebensmittelhandwerk auf Dauer erhalten zu können?

JR: Ich bin absolut dafür, immer genau hinzuschauen, wo Regulierungen notwendig sind und wo nicht, und natürlich auch zu schauen, welche Regulierung bestimmte Betriebsentwicklungen schwierig machen. Aber umgekehrt wird auch ein Schuh draus, wenn wir uns die Lebensmittelsicherheit anschauen. Wenn ein Skandal passiert, dann ist die Frage immer sofort: Warum habt ihr nicht kontrolliert, wie konnte das der behördlichen Lebensmittelkontrolle entgehen, wo ist die Regel, die nicht eingehalten worden ist? Spätestens dann werden genau diese Regeln gefordert. Ich bin kein Regelfetischist; wir befinden uns hier in einem Spannungsfeld, bei dem immer beide Seiten betrachtet werden müssen.

QCQ: Wie wichtig ist in Ihren Augen Autarkie in den großen Bereichen Wasser, Nahrung, Energie zur Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder, noch weiter gefasst, für die Sicherung des Friedens? Was können wir tun, um Abhängigkeiten zu verringern und Autarkie umzusetzen?

JR: Ich glaube, dass sich langsam aber sicher die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der nachhaltige Schutz unseres Klimas, des Wassers, der Böden, längst nicht mehr nur eine ökologische Idee ist, sondern eine ökonomische Notwendigkeit. Nahezu alle großen Konflikte dieser Zeit haben mit Energie, mit Wasser, mit Nahrung zu tun. Um Konflikte zu vermeiden oder zu reduzieren, kann größere Autarkie bei der Versorgung mit Energie oder Lebensmitteln ein Teil der Lösung

sein. Autarkie im Sinne regionaler Wertschöpfung kann dazu beitragen, die vorhandenen globalen Strukturen, die ungleiche Verteilung der Ressourcen und die damit verbundenen Konflikte der globalen Energie- und Konsummärkte zu relativieren. Insofern kann Autarkie im Sinne einer gerechten und gemeinschaftlich organisierten Selbstversorgung einen wichtigen Beitrag zur Befriedung unserer Welt liefern.

QCQ: Die moderne Welt ist arbeitsteilig organisiert – das ist mit vielen Vorteilen, aber auch vielen Abhängigkeiten verbunden. Denken Sie, dass es für Stadt und Land Selbstversorgungskonzepte geben sollte, um krisenfest zu sein?

JR: Von mir aus gibt es ein klares Ja zur Selbstversorgung. Denn wenn ich Obst und Gemüse im eigenen Garten anbaue, weiß ich, was ich da tue, ich weiß um die Arbeit und den Wert dessen, was ich ernte und was ich esse. Was aber in der Kleinstadt oder auf dem Land geht, wird für die Mehrheit einer Großstadtmetropole schwierig: Wo sind die freien Flächen, um Selbstversorgung in der Breite zu realisieren? Welche Bereiche des täglichen Lebens lassen sich vom Selbstversorger autonom abdecken? Essen und Trinken? Strom? Wärme? Kleidung? Hier sind wir weiterhin auf die Vergesellschaftung von Produktions- und Konsumprozessen angewiesen. Um aber auch hier dem Leitbild von Emanzipation und Autonomie zu entsprechen, ist Transparenz ein ganz wichtiges Stichwort: Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht zu Objekten anonymer Produktionsprozesse

werden. Das bedeutet: Aufklärung über die Herstellungsbedingungen von Konsumprodukten und Lebensmitteln. Unser Ziel ist deshalb die Verbraucherberatung über alle Medien hinweg zu fördern und auszubauen.

